Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2015-09-22

Dezernat/ Amt: II / Amt für Jugend, Schule
und Sport
Bearbeiter/in: Herr Kleimenhagen
Telefon: 545 - 2174

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00444/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Jugendhilfeausschuss

Betreff

Antrag VSP gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung des Projektes
"Jugendfirma Kaninchenwerder"

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt eine kommunale Anteilsfinanzierung in Höhe von 2.832,84 Euro für die Absicherung der Gesamtfinanzierung der Jugendfirma Kaninchenwerder der VSP gGmbH für das Jahr 2015.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Mit Datum vom 03.07.2015 beantragte die VSP gGmbH einen Zuschuss zur Förderung des Projektes „Jugendfirma Kaninchenwerder“ in Höhe von 2.832,84 Euro.

Die „Jugendfirma Kaninchenwerder“ arbeitet konzeptionell auf der Grundlage des § 13 SGB VIII.

Die Jugendfirma arbeitet seit 2009 auf dem Gebiet der Jugendberufshilfe und seit 2013 im Bereich Diversion von Jugendstraftaten – Ableistung gemeinnütziger Arbeitsstunden.

Mit mehreren EU/Bundesförderungen konnte sich die Jugendfirma einen fachlichen Standard in der beruflichen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher und jungen Erwachsenen erarbeiten.

So konnten in der letzten Förderperiode seit 2012 101 Jugendliche, davon 78 Langzeitarbeitslose erreicht werden. Davon wurden 38 in Arbeit und Ausbildung vermittelt oder bei der Ableistung von Arbeitsstunden unterstützt.

Ziele der Jugendfirma sind:

- soziale und berufliche Integration besonders benachteiligter und langzeitarbeitsloser Jugendlicher
- Unterstützung von Jugendlichen mit richterlichen Auflagen (§ 10 JGG) insbesondere bei der Ableistung gemeinnütziger Arbeitsstunden
- Organisation pädagogischer oder erlebnispädagogischer Camps für Gruppen oder Kleingruppen von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Das Jobcenter der Landeshauptstadt Schwerin unterstützt und befürwortet inhaltlich die Fortführung des Projektes.

Das Projekt begann am 01.07.2015 und endet zum 30.06.2019.

Die finanzielle Situation für das Jahr 2015 stellt sich wie folgt dar:

- Mittelbedarf für die Jugendfirma:	28.728,42 Euro
- Fördermittel aus dem ESF und des BMAS:	25.495,58 Euro
- Antrag an die Kommune:	2.832,84 Euro
- sonstige Einnahmen	400,00 Euro

Bei der Antragstellung auf Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und auf Fördermittel des BMAS ist der Träger davon ausgegangen, dass der notwendige Anteil einer Kofinanzierung durch Eigenmittel des Trägers sichergestellt werden kann.

Bei der derzeitigen finanziellen Situation des Trägers ist es ihm jedoch unmöglich, die Eigenmittel bereit zu stellen.

Trotz intensiver Bemühungen gelang es den Träger ebenfalls nicht, andere Förderquellen zu erschließen.

Die Jugendfirma leistet einen wesentlichen Beitrag im Bereich der Jugendberufshilfe in der Landeshauptstadt Schwerin und die notwendige Förderung aus kommunalen Mittel für das Jahr 2015 sollte beschlossen werden.

Mit der Förderung für das Jahr 2015 ist die Auflage verbunden, dass daraus in den Jahren 2016 – 2019 (Restlaufzeit des Projektes) keine Dauerförderung wird.

Der Träger hat für die Folgejahre sicher zu stellen, dass eventuelle künftige Deckungslücken in eigener Verantwortung geschlossen werden.

Nach Prüfung des gegenwärtigen Stands des Aufwandes im Produkt 36301 Schul- und Jugendsozialarbeit sind die benötigten Haushaltsmittel, aufgrund von eingesparten Personalkosten, vorhanden.

2. Notwendigkeit

Die Anteilsfinanzierung ist notwendig, um die Gesamtfinanzierung vom 01.07.2015 bis 31.12.2015 zu sichern.

3. Alternativen

Wenn die Anteilsfinanzierung durch die Landeshauptstadt Schwerin nicht beschlossen wird ist die Gesamtfinanzierung nicht gesichert und die entsprechenden Fördermittel des Bundes könnten nicht abgerufen werden und die Jugendfirma müsste ggf. ihre Tätigkeit einstellen.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Die Jugendfirma stellt einen wesentlichen Bestandteil der Jugendberufshilfe in der

Landeshauptstadt Schwerin dar und mit Wegfall des Angebotes könnte eine berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen schwieriger werden.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Die sozial benachteiligten Jugendlichen, welche erfolgreich durch die Jugendfirma betreut und begleitet werden, stehen dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Verfügung.

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

Die Erfüllung der Aufgaben nach § 13 SGB VIII sind pflichtige Aufgaben, jedoch in Art und Umfang der Erfüllung durch den Haushaltssatzungsgeber vorzugeben.

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt aus dem Produkt 36301 – Schul- und Jugendsozialarbeit

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes

(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie

entsprechende Alternativbetrachtungen):

keinen

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

keinen

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Deckung der Ausgaben ist im Produkt 36301 durch Minderausgaben abgesichert.

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Die entsprechenden Vorgaben aus dem Haushaltssicherungskonzept wurden bereits in den Haushaltsansatz im Produkt 36301 berücksichtigt.

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin